



Regierungsratsbeschluss vom 10. Januar 2023

Staatsbeitrag an die Patientenstelle Basel für die Jahre 2023 bis 2025; Ausgabenbewilligung und Vertragsgenehmigung

P221752

1. Der Regierungsrat bewilligt für Betriebsbeiträge an die Patientenstelle Basel für die Jahre 2023 bis 2025 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 211'800 (Fr. 70'600 p.a.; zuzüglich Teuerung gemäss § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes).
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Patientenstelle Basel betreffend Ausrichtung einer Finanzhilfe in Form eines Betriebsbeitrags für die Jahre 2023 bis 2025.

Begründung

Die Patientenstelle Basel (PsB) versteht sich als Lotse, Wegweiser und Berater in einem Gesundheitssystem, das durch zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Aufgaben sowie teilweise unterschiedlichen Zielen und Interessen geprägt ist. Das Leistungsspektrum der PsB verdeutlicht, dass Ratsuchende auf ein niederschwelliges und thematisch breit abgestütztes Angebot treffen. Die Ratsuchenden erhalten bei der Beantwortung ihrer Fragestellungen rund um das Gesundheitswesen Unterstützung durch die PsB. Sie werden in Konfliktsituationen unterstützt und in ihrer Position als eigenverantwortliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Gesundheitswesen gestärkt. Die Zufriedenheit der Ratsuchenden mit der unabhängigen PsB ist hoch.

Damit die PsB für die kommende Finanzierungsperiode auch weiterhin ihr Leistungsangebot dem Bedarf entsprechend zur Verfügung stellen kann, hat der Regierungsrat Ausgaben für einen Betriebskostenbeitrag an die Institution für die Jahre 2023 bis 2025 in der Höhe von maximal 70'600 Franken p.a. (zuzüglich Teuerungsausgleich gemäss § 12 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes) bewilligt.

